



1 2 3 4 5 6 7 8 9

**Sustainable Development Goals (SDGs)
2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung**

Kommunen als zentrale Akteure



WECF | Women in Europe for a Common Future

www.wecf.eu

Impressum



© 2015 WECF

Diese Publikation wird herausgegeben von WECF – Women in Europe for a Common Future e.V.
www.wecf.eu
München, Dezember 2015

Autorinnen: Katharina Habersbrunner (V.i.S.d.P), Sascha Gabizon, Gabriele Köhler
Konzept und visuelle Kommunikations-Beratung: www.vgdesign.info
Layout Umsetzung: Krisztina André
Druck: Printzipia.de

www.wecf.eu
Women in Europe for a Common Future

WECF Holland

Korte Elisabethstraat 6
3511 JG Utrecht
Niederlande
Tel: +31/30/231 03 00
Fax: +31/30/234 08 78
wecf@wecf.eu

WECF Frankreich

Cité de la Solidarité Internationale
13 Avenue Émile Zola
74100 Annemasse
Tel: +33 /4/ 50 834 814
wecf@wecf.eu

WECF Deutschland

St.-Jakobs-Platz 10
D-80331 München
Deutschland
Tel: +49/89/23 23 938 0
Fax: +49/89/23 23 938 11
wecf@wecf.eu

Mit freundlicher
Unterstützung der:

Ermöglicht wurde die Publikation durch die Unterstützung der
Landeshauptstadt München – Referat für Gesundheit und Umwelt.



Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autorinnen und bei WECF.

- WECF hat beratenden Status beim ECOSOC (Economic and Social Council) der Vereinten Nationen
- WECF ist offizieller Partner des United Nations Environment Programme (UNEP)
- WECF ist Mitglied des Europäischen Komitees für Gesundheit und Umwelt (EEHC)

Spendenkonto:

Deutschland

WECF e.V.
Stadtsparkasse München
Kontonummer: 1313 90 50
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE68 7015 0000 013 1390 50
BIC: SSKMDEMM

Diese Broschüre wurde auf 100% Recycling Naturpapier gedruckt.

Inhalt

Wunschzettel für eine nachhaltige und gerechte Welt: 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung	5
Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs)	6
Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene	7
Warum WECF und SDGs?	8
SDG-Dialog	9
Beschreibung des SDG-Dialogs	9
Kurzbericht der Präsentationen	9
Post-2015-Agenda ¹ und SDG-Prozess • Sascha Gabizon	9
SDGs und ihre kommunale Umsetzung • Gabriele Köhler	10
Kommunale Handlungsfelder und Nachhaltigkeitsberichterstattung im Kontext der SDGs • Silja-Kristin Vogt	10
Agenda 21-Prozess: Was haben wir gelernt? • Eugen Kuntze	11
Ergebnisse der Themencafés:	11
SDG 5: Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu erreichen und alle Frauen und Mädchen zu stärken	12
SDG 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern / SDG 13: Klimaschutz	13
SDG 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher und nachhaltig machen	15
SDG 12: Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion	17
Zusammenfassung	18
WECF im Portrait	20
Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Was ist die Politik, bereit zu tun?	22
Die SDGs im Überblick – Grafik	24
Zum Weiterlesen	25

¹⁾ Post-2015-Agenda ist jetzt 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung

SDGs

Wunschzettel für eine nachhaltige
und gerechte Welt: *2030-Agenda*

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |

10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |

Die To-do-Liste
für die Menschheit
hat 17 Ziele und
ist voller Visionen

„In meinem Traum haben die Dörfer gute Straßen und Brücken. Wir haben eine Schule, gut ausgebildete Lehrer, und es gibt keine unterernährten Kinder mehr. Es gibt eine gute medizinische Versorgung. Die meisten Dorfbewohner haben Arbeit und sie können Nahrung, Kleider und Schulmaterialien kaufen“,

sagt die 23-jährige Maja aus Nepal. Maja träumt nicht von Extravaganzen, sondern von einfachen, konkreten Dingen, die eigentlich normal sein müssten.

Dass aber die Erfüllung ganz grundlegender Bedürfnisse Millionen von Menschen verwehrt bleibt, ist ein Skandal, der auch nicht dadurch zu entschuldigen ist, dass das Geschehen oft weit weg ist. Als Weltgemeinschaft haben wir es verpasst, alle Menschen am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilhaben zu lassen, was mit politischem Willen durchaus möglich wäre.

Die Gräben zwischen Arm und Reich haben sich zwar etwas verschoben, gesamthaft sind sie aber tiefer und breiter als noch vor drei Jahrzehnten.

Eine Welt ohne Armut, Hunger, Gewalt und Klimakatastrophen, mit Gesundheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle in einer sauberen Umwelt. Der Weg dahin ist sicherlich noch weit – doch die Agenda dazu steht.

Im September 2015 haben die Staats- und Regierungschefs aller UN-Mitgliedsstaaten die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals SDGs) verabschiedet. Die SDGs verbinden wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen und schließen an die UN-Millenniumsziele (MDGs) und die Agenda 21 an.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs)

Um eine nachhaltige Entwicklung zu forcieren, wurde durch die Rio+20 UN-Konferenz ein Prozess in Gang gesetzt. Die SDGs, die einen Zeithorizont bis 2030 setzen, nehmen die bisherigen Anliegen wieder auf. Und doch ist vieles neu. Denn anders als die MDGs gründen die 17 Nachhaltigkeitsziele mit ihren insgesamt 169 Unterzielen auf der wichtigen Erkenntnis, dass Armutsbekämpfung nicht ohne den Schutz der Umwelt funktionieren kann und umgekehrt. Deshalb streben die neuen Ziele einen schonenden Umgang mit der Natur, gesteigerte Lebensqualität, ökologische Landwirtschaft, Klimaschutz, erneuerbare Energie sowie faire Produktion und fairen Konsum an. Um all dies zu erreichen, fordern sie tiefgreifende Reformen in Politik und Wirtschaft. Sie fordern auch eine kohärente Politik in den Bereichen Energie, Umwelt, Handel und Finanzen.

Bei allen Zielen ist nicht nur der globale Süden, sondern auch der globale Norden angesprochen. Die Ziele für eine gerechtere Verteilung des Einkommens oder für eine klimabewusste Wirtschaftspolitik sind auch und vor allem in den reichen Ländern eine Herausforderung. In Deutschland – auch in München – zum Beispiel konsumieren wir so viel, dass nicht eine, sondern 2,5 Erden nötig wären, um allen Menschen der Welt einen Konsum auf unserem Niveau zu ermöglichen. Wenn wir einen ökologischen Kollaps vermeiden wollen, müssen wir unser Konsumverhalten grundlegend ändern und brauchen gleichzeitig ein umweltfreundlicheres Wirtschaftssystem, das auch die Rechte der Menschen im Süden schützt. Klimawandel, Migration, Flucht und Wirtschaftskrisen zeigen uns die länderübergreifenden Auswirkungen.

“ In Deutschland – auch in München – konsumieren wir so viel, dass nicht eine, sondern 2,5 Erden nötig wären, um allen Menschen der Welt einen Konsum auf unserem Niveau zu ermöglichen

Gabriele Köhler, Entwicklungsökonomin, Vorstand WECF

gend ändern und brauchen gleichzeitig ein umweltfreundlicheres Wirtschaftssystem, das auch die Rechte der Menschen im Süden schützt. Klimawandel, Migration, Flucht und Wirtschaftskrisen zeigen uns die länderübergreifenden Auswirkungen.

Aus diesem Grund gelten die Nachhaltigkeitsziele – und das ist neu – für alle Länder gleichermaßen. Die SDGs führen Ziele für Entwicklung und Umwelt in einem weltweit geltenden Zielkatalog zusammen und stehen damit für eine neue globale Partnerschaft. Sie sollen ab 2016 verwirklicht werden und bilden – gemeinsam mit (finanziellen) Mitteln, Umsetzungsmaßnahmen, Indikatoren zur Fortschrittmessung sowie Überprüfungsmechanismen – die so genannte **2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung**.

Die SDGs zielen mit der Integration aller Dimensionen von Nachhaltigkeit auf eine sozial-ökologische Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Hunger, Armut, Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel und Ressourcenknappheit und auch politischer Dimensionen wie Krieg und politische Verfolgung notwendig ist. Nachhaltige Entwicklung und mit ihr die Umsetzung der SDGs erfordert die Wahrnehmung internationaler Verantwortung. Der transformative Anspruch der SDGs ist eine Herausforderung für alle und universell: Die Verantwortung für die Lösung der vielen drängenden Entwicklungsfragen müssen weltweit alle staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure gemeinsam übernehmen.

Der Universalitätsanspruch bedeutet, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr ausschließlich darauf abzielt, Änderungen im globalen Süden herbeizuführen, sondern auch im Norden. Die SDGs gelten für alle, d.h. für „entwickelte“ und weniger entwickelte Länder. Sie nehmen auch reiche Länder wie Deutschland in die Pflicht, beispielsweise bei den Themen Ernährung, Einkommensarmut, Frauenrechte, Energie- oder Abfallwirtschaft, Klimawandel, Handel, Finanzen und Energie. Diese sehr verschiedenen Zielbereiche werden endlich als interdependent anerkannt. Durch die Vereinbarung universell gültiger globaler Entwicklungsziele werden auf einmal alle zu Entwicklungsländern, eben auch Deutschland.

Dazu müssen die internationalen Nachhaltigkeitsziele in nationale und kommunale Ziele übersetzt werden. Neben der Unterstützung der SDGs durch Deutschlands Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik kommt es ebenso auf die Umsetzung der SDGs in Deutschland an. Diese erfordert ein breites Verständnis für die notwendigen Veränderungen und die Akzeptanz in der Gesellschaft. Mit den ehrgeizigen SDGs verpflichten sich die Länder, innerhalb der nächsten 15 Jahre die Armut und den Hunger überall auf der Welt und in jeder Form zu beseitigen. Die 17 Ziele sollen ab dem 1. Januar 2016 gelten. Ihre Umsetzung ist freiwillig und jeder Staat entscheidet selbst über die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele. Allerdings soll die Umsetzung anhand festgelegter Indikatoren regelmäßig überprüft werden.



“ Die nachhaltigen Entwicklungsziele gelten für die Länder des globalen Südens und des globalen Nordens. Durch die Vereinbarung universell gültiger globaler Entwicklungsziele werden auf einmal alle zu Entwicklungsländern, eben auch Deutschland.

Sascha Gabizon, WECF International Director

Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene

Die von den 193 Mitgliedsländern der UN erarbeiteten 17 SDGs richten sich an die Regierungsebene dieser Länder, aber ohne eine zielstrebige kommunale Beteiligung und Verantwortung können sie nicht mit Leben gefüllt werden und ist eine nachhaltige Veränderung nicht möglich. Kommunen spielen mit ihren vielfältigen Ansätzen und Erfahrungen eine wichtige Rolle und bieten erprobte Lösungsansätze zur Verwirklichung einer nach-

haltigen Entwicklung. Die Umsetzung der SDGs muss aber auf den verschiedenen Ebenen so vorbereitet und begleitet werden, dass alle Umsetzungsstrategien ineinandergreifen. Ggf. sollten diese Strategien sinnvoll durch die Umsetzung weiterer Programme für nachhaltige Entwicklung ergänzt und gestärkt werden. Zusätzlich zu den Anforderungen der kommunalen Ziele (SDG 11 - Städte und Siedlungen nachhaltig gestalten) sollten Städte und Kommunen auch Interdependenzen zwischen den jeweiligen

“ Es sind entsprechende Strukturen für Nachhaltigkeitsstrategien zu schaffen, damit sich politische Durchschlagskraft entfalten kann. Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema. Hier sind alle kommunalen Akteure gefordert.

Sabine Bock, WECF Deutschland Direktor

Zielen und Unterzielen der Agenda 2030 berücksichtigen. Das neue Verständnis von nachhaltigem Handeln muss auch die Städte und Kommunen erreichen, damit diese in Zusammenarbeit mit den Bundesländern sowie mit dem Bund zur erfolgreichen Umsetzung der Ziele beitragen können. Hierzu benötigen die Kommunen Unterstützung. Der Wissenstransfer sowohl zwischen den Gemeinden und dem Bund als auch untereinander muss gestärkt werden, um das Wissen über die Agenda zu verbreiten und für die neuen Aufgaben zur Umsetzung der Agenda zu sensibilisieren. Auch die Zivilgesellschaft muss als wichtiger Akteur hier eingebunden werden. Denn gerade der kommunalen Ebene kommt im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, die Ziele der Post-2015-Agenda zu verwirklichen. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft tragen gemeinsam die Verantwortung für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Nachhaltige Veränderungen sind nur möglich, wenn sie von Kommunen mit Leben gefüllt werden. Es gibt bereits vielfältige Aktivitäten der Städte und Gemeinden, die den Zielsetzungen der jetzt

verabschiedeten SDGs recht nahe kommen. Im Bereich der Klimaschutzplanung, der integrierten Stadtentwicklung, des fairen Handels und der öffentlichen Beschaffung, der Bildung für nachhaltige Entwicklung und vielfältiger Agenda 21-Initiativen in Städten und Gemeinden wurden viele Projekte umgesetzt und sind einschlägige Erfahrungen vorhanden. Diese können bei der Umsetzung der SDGs aufgegriffen werden. Die Kernfrage lautet: Wie können die bisher abstrakten Zielsetzungen der weltweiten SDGs auf konkretes kommunales Handeln heruntergebrochen werden? Es bleibt die Herausforderung, auf lokaler Ebene einen zunehmend verstärkten Beitrag zur Erreichung weltweiter Nachhaltigkeitsziele zu leisten und v.a. integrierte und systemische Ansätze zur Zielerreichung zu fördern, um eine Beschränkung auf einige wenige prioritäre SDG-Teilbereiche zu vermeiden. Es sind entsprechende Strukturen für Nachhaltigkeitsstrategien zu schaffen, damit sich politische Durchschlagskraft entfalten kann. Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema. Hier sind alle kommunalen Akteure gefordert!

Warum WECF und SDGs?

WECFs Einzigartigkeit und besondere Expertise liegt in der Verbindung zwischen dem Engagement auf der globalen und der lokalen Ebene. Mit unserem Netzwerk von 150 Mitgliedsorganisationen in 50 Ländern, unseren 600 Partnerorganisationen in der UN-Frauen-Hauptgruppe (Women's Major Group) und in der Women and Gender Constituency (UNFCCC) arbeiten wir sowohl auf konkreter Projektebene (Energie/Klima, Chemikalien, Gesundheit/Abfallmanagement, Wasser/Sanitär, Ernährung/Biodiversität sowie Gleichberechtigung, Umweltrechte und Öffentlichkeitsbeteiligung als Querschnittsthema) als auch auf politischer Ebene. Wir bringen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Empfehlungen in Verhandlungsprozesse ein. Dabei vermittelt WECF den Politiker(inne)n insbesondere die Perspektive von Frauen und Gender-Gerechtigkeit. WECF leitet zusammen mit weiteren internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) die Women's Major Group (WMG) und ist von daher in die Prozesse um die nun abgeschlossenen UN-Millenniumsziele und die neuen SDGs sowie bei den Klimaverhandlungen eng eingebunden. Nur wenige deutsche und internationale NROs sind auf dieser globalen Ebene als Partner an UN-Prozessen beteiligt und können – wie WECF – internationale Ziele mitgestalten. WECF setzt sich in seinen Projekten vor Ort als auch durch die Einbindung in internationale politische Verhandlungen für eine Welt mit Gesundheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle in einer sauberen Umwelt ein. Die Kenntnisse der verschiedenen politischen Prozesse kombiniert mit der fachlichen Erfahrung machen WECF zu einem kompetenten Partner für nachhaltige Entwicklungsziele – in Deutschland und international.

SDG-Dialog

Beschreibung des SDG-Dialogs

Im Juli 2015 kamen kommunale Vertreter(innen) und die interessierte Öffentlichkeit auf Einladung von WECF zusammen, um sich über die Entwicklung der Nachhaltigkeitsagenda zu informieren und die öffentliche Debatte über die Umsetzung der SDGs in Deutschland zu beginnen. Handlungsmöglichkeiten und Herausforderungen für Kommunen wurden in interaktiven „Themencafés“ diskutiert und ausgearbeitet. Die Veranstaltung wurde moderiert von Sonja Haider, die als frühere WECF-Mitarbeiterin und aktuelle Stadträtin von München sowohl die inhaltliche als auch die kommunale Perspektive von Nachhaltigkeitszielen sehr gut darstellen konnte.

Kurzbericht der Präsentationen

Post-2015-Agenda und SDG-Prozess: **Sascha Gabizon**

Die Welt steht vor einer gewaltigen Zukunftsaufgabe: Nachhaltigkeit ist Voraussetzung für eine langfristig positive wirtschaftliche, ökologische, soziale und politische Entwicklung. Mit Hunger- und Armutsbekämpfung befassten sich die acht so genannten Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs). Sie wurden im Jahr 2000 verabschiedet und bildeten 15 Jahre lang den Rahmen für Entwicklungsanstrengungen weltweit. In den letzten 15 Jahren ist es formell gelungen, die absolute Armut zu halbieren. Aber trotz dieser Fortschritte handelt die Welt weder sozial gerecht noch ökologisch nachhaltig: Knapp 1,3 Milliarden Menschen leben von weniger als 1,25 US-Dollar/Tag. Beim aktuellen Ressourcenverbrauch der Menschheit benötigen wir bereits jetzt mehr als nur den einen Planeten, den wir bewohnen.

Im September 2015 haben die Staats- und Regierungschefs aller UN-Mitgliedsstaaten einen deutlich umfangreicheren Zielkatalog verabschiedet: die Sustainable Development Goals (SDGs). Diese Ziele für nachhaltige Entwicklung verbinden wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen.

Sascha Gabizon, Exekutivdirektorin WECF und Co-Vorsitzende der UN-Women's Major Group, ist in die verschiedenen Verhandlungsstränge auf UN-Ebene eng eingebunden und konnte bei der Münchner Veranstaltung detailliert und anschaulich über die Entwicklung der 17 SDGs berichten. Deutschland unterstützt die Vereinten Nationen dabei, der zukünftigen Agenda eine breite, tragfähige Basis zu geben. Hierzu stimmt sich die Bundesregierung auch mit den EU-



“ Wir müssen die Staatschefs mit dem konfrontieren, was sie in New York beschlossen haben. Wir müssen fordern, dass den Worten jetzt Taten folgen und die Politiker(innen) drängen, jetzt nationale und lokale Aktionspläne zur Umsetzung der SDGs mit der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

Sascha Gabizon, WECF International Director

Mitgliedsstaaten ab. Auf nationaler Ebene soll nun ein umfangreicher Dialogprozess mit der deutschen Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft angestoßen werden. Anders als bei den MDGs sind die SDGs das Ergebnis eines sehr partizipativen Prozesses. Eine Abordnung von UN-Mitgliedsländern mit Vertretern der „Neun Hauptgruppen“ (davon ist eine die UN-Women's Major Group) hat den Entwurf verhandelt. Die Hauptgruppen repräsentieren jeweils Koalitionen von NGOs, Frauen, Kindern, Jugend, Gewerkschaften, Landwirten, indigenen Völkern, Städten und Kommunen, Wissenschaftlern und der Privatwirtschaft.

Die SDGs führen die Millenniumsentwicklungsziele und Rio+20 zusammen, benennen Grundursachen und sind:

- universell
- gültig für 15 Jahre (2015-2030)
- ehrgeizig & transformierend
- ökologisch, nachhaltig
- messbar
- umsetzbar (d.h. Mittel zur Umsetzung müssen zur Verfügung gestellt werden).

Wichtig ist, die multi-dimensionale Armut anzugehen. Angesichts des ungeheuren Reichtums – an Kapital, Einkommen, Vermögen und Technologie – und des immer weiteren Auseinanderklaffens von Arm und Reich ist dies ein sehr wichtiges Ziel. Während die Reichen immer mehr natürliche Ressourcen verbrauchen und für zunehmende Umweltschäden verantwortlich sind, leiden die Armen unter der Degradierung ihrer landwirtschaftlichen Flächen, Wälder und der biologischen Vielfalt und Veränderung natürlicher Wetterzyklen aufgrund des Klimawandels. Der UN-Generalsekretär erklärt stolz: „We are the first generation that can end poverty.“ Hierzu sind aber ernsthafte Anstrengungen nötig und Umverteilungsmaßnahmen einzuleiten. Die SDGs bieten hierfür einen Rahmen an.



Ein Indikator hierfür ist, dass in München die Zahl der Menschen mit Sozialhilfebezug und Altersgrundsicherung seit Jahren kontinuierlich ansteigt, was auf zunehmende soziale und ökonomische Ausgrenzung hindeutet. Städte und Kommunen sind wichtige Akteure, die SDGs in die lokalen Gegebenheiten zu übersetzen. Auf kommunaler Ebene können alle Akteure – Angestellte, Bürger(innen), Schüler, etc. – ihren Beitrag leisten, zum Beispiel beim Ausbau von Sozialwohnungen oder bei Maßnahmen zur Förderung von umweltbewusster Energieversorgung oder Personenbeförderung. Das Zusammenspiel von umweltbewussten Haushalten und Kommunen mit Unterstützung von nationaler Ebene kann die sozial-ökologische Transformation gelingen lassen.



SDGs und ihre kommunale Umsetzung:
Gabriele Köhler

Gabriele Köhler ging auf kommunale Umsetzungsmöglichkeiten ein. Die Entwicklungsökonomin - mit Schwerpunkten u.a. in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik, internationaler Handel, Investitionen und SDGs – konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die Chancen und Herausforderungen für Städte und Gemeinden. Mehr als 50% der Weltbevölkerung leben derzeit in Städten, 2050 werden es voraussichtlich 70% sein. Städte beanspruchen bereits jetzt 75% des globalen Energieverbrauchs und stoßen 80% der gesamten Treibhausgasemissionen aus. Der Handlungsbedarf, aber auch das Energiesparpotenzial sind - auf der städtischen Ebene - daher enorm. Auch gutsituierte und engagierte Städte wie München müssen in vielen sozialen und ökologischen Handlungsfeldern tätig bleiben und die Anstrengungen intensivieren. Bei der Armutsentwicklung wird z.B. im aktuellen Nachhaltigkeitsbericht der Stadt München sowohl der Zustand als auch die Tendenz als „kritisch“ bewert-

et. Ein Indikator hierfür ist, dass in München die Zahl der Menschen mit Sozialhilfebezug und Altersgrundsicherung seit Jahren kontinuierlich ansteigt, was auf zunehmende soziale und ökonomische Ausgrenzung hindeutet. Städte und Kommunen sind wichtige Akteure, die SDGs in die lokalen Gegebenheiten zu übersetzen. Auf kommunaler Ebene können alle Akteure – Angestellte, Bürger(innen), Schüler, etc. – ihren Beitrag leisten, zum Beispiel beim Ausbau von Sozialwohnungen oder bei Maßnahmen zur Förderung von umweltbewusster Energieversorgung oder Personenbeförderung. Das Zusammenspiel von umweltbewussten Haushalten und Kommunen mit Unterstützung von nationaler Ebene kann die sozial-ökologische Transformation gelingen lassen.



Kommunale Handlungsfelder und Nachhaltigkeitsberichterstattung im Kontext der SDGs:
Silja-Kristin Vogt

Von der neuen internationalen Agenda für eine nachhaltige Entwicklung muss das klare Signal ausgehen, dass Armutsbekämpfung, Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte in ihrer vollen Bandbreite und der Schutz der natürlichen Ressourcen (Klimaschutz, Schutz der

Böden, der Wälder, der Meere, der biologischen Vielfalt) untrennbar zusammengehören. Dem Mechanismus für Umsetzung und Überprüfung kommt eine wichtige Rolle zu. Internationale und nationale Verbindlichkeiten und Rechenschaftspflichten müssen die konkrete Umsetzung vorantreiben und messen, damit die SDGs kein „zahnloser Tiger“ werden. Es ist anzustreben, dass auf internationaler Ebene ein sehr starker Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismus installiert und in dieser Frage der Ball nicht nur auf die nationalen Spielfelder geschossen wird. Die Umsetzung der SDGs wird höchst wahrscheinlich von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen. Überall dort, wo es starke Parlamente

und eine wache, gut aufgestellte Zivilgesellschaft gibt, besteht aber die Chance, dass es auch zu ehrgeizigen SDG-Umsetzungsplänen und effizienten und transparenten Überprüfungsmechanismen kommt.

Silja-Kristin Vogt, Projektkoordinatorin bei Engagement Global Stuttgart, informierte über Unterstützungs- und Beratungsleistungen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Die SKEW erstellt in Kooperation mit Fachministerien in Bundesländern und mit Kommunalverbänden Beratungsangebote für Kommunen wie z.B. zur Verbesserung des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements. Weiter werden Fach- und Dialogveranstaltungen durchgeführt, Netzwerktreffen organisiert oder Studien erstellt. Es werden Nachhaltigkeitsindikatoren für die Messbarkeit entwickelt. Am Beispiel eines Projektes aus Baden-Württemberg wurde deutlich, dass Kommunen mit geeigneter Unterstützung, in diesem Fall durch die SKEW, Erfolge erzielen können.

Agenda 21-Prozess: Was haben wir gelernt?
Eugen Kuntze

Lernen aus Agenda-21-Prozessen: Eugen Kuntze, Leiter der Agenda-21 in München-Hadern, berichtete von der Entwicklung des Agenda-21-Prozesses in München. Bereits 1995 startete hier der Agenda-21-Prozess. Das 1992 auf der Weltkonferenz für Umwelt

und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedete Aktionsprogramm sollte im Dialog mit einer breiten Beteiligung der Stadtgesellschaft vor Ort mit Projektideen machbar und konkret werden. Eine Reihe gut durchdachter Vorschläge wurde erarbeitet – allerdings fand sich für viele keine Finanzierung. Einige Agenda-21-Stadtteil-Gruppen etablierten und engagierten sich im sozialen und ökologischen Bereich. Heute ist in München noch die Gruppe um Eugen Kuntze in Hadern aktiv. Kleinere Gemeinden im Münchner Umland konnten teilweise feste Agenda-21-Strukturen einrichten. Nachhaltig fehlte es oft an der Struktur in der Stadtverwaltung, an der Finanzierung und am politischen Willen. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn im Rahmen der SDGs kommunale Nachhaltigkeitsziele weiterentwickelt werden sollen.

Ergebnisse der Themencafés

Auf Basis der Inputvorträge erfolgte im Rahmen von Themencafés mit wechselnden Tischbesetzungen eine Dialogrunde, in der die Teilnehmer(innen) gebeten wurden, die vorgestellten SDGs hinsichtlich Erfolgsfaktoren bisheriger Nachhaltigkeitsprojekte, möglicher kommunaler Handlungsfelder und Themen sowie öffentlichkeitswirksamer Projekte und Partizipationsmöglichkeiten zu bearbeiten. Hintergrund war jeweils, die SDG-Zielsetzungen dahingehend zu überprüfen, mit welchen Beiträgen

SDG 5
Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

SDG 11
Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen

SDG 7 und 13
Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

SDG 12
Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen



5

SDG 5: Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu erreichen und alle Frauen und Mädchen zu stärken (empowerment)



Unterziele SDG 5:

- **Beenden aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen und Mädchen**
- **Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im öffentlichen und privaten Raum, einschließlich Menschenhandel, sexueller Ausbeutung und anderen Formen von Ausbeutung**
- **Bekämpfung von unwürdigen Praktiken wie Kinder- und Zwangsehen und weiblicher Genitalverstümmelung**
- **Anerkennung und Wertschätzung unbezahlter Pflege und häuslicher Arbeit durch Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, Infrastruktur und Sozialpolitik sowie der Förderung von geteilter Verantwortung im Haushalt und der Familie**
- **Volle und effektive Gleichberechtigung von Frauen und gleiche Möglichkeiten in Führungspositionen sowie auf allen Entscheidungsebenen im politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Leben**
- **Umfassender Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und entsprechenden Rechten wie im Aktionsprogramm der ICPD und der Peking Aktionsplattform beschlossen**
- **Reformen, die Frauen gleiche Rechte auf ökonomische Ressourcen und Zugang zu Besitz und Kontrolle über Land und anderes Eigentum, Finanzdienstleistungen, Erbe und natürliche Ressourcen in Übereinstimmung mit nationalem Recht ermöglichen**
- **Förderung der Nutzung von Schlüsseltechnologien, insbesondere IKT, um die Stärkung der Rolle von Frauen zu fördern**
- **Verabschiedung und Stärkung durchsetzbarer Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen auf allen Ebenen**

die Kommune selbst in ihrem Verantwortungsbereich zur Zielsetzung beitragen und wie sie auf globaler Ebene Nachhaltigkeitsziele unterstützen kann. Es wurden insbesondere SDGs vorgeschlagen, die besondere Relevanz für Kommunen und Städte haben und in denen WECF langjährige Projekt- und Politikerfahrung aufweisen kann.

Im Workshop zum SDG 5 „Women Empowerment“, also Gleichstellung von Frauen und Mädchen, wurden von den Teilnehmer(innen) zusammen mit den Moderatorinnen des Workshops,

Anke Stock und Sascha Gabizon von WECF, vielfältige Problemfelder, in denen es an Geschlechtergerechtigkeit mangelt, aber auch konkrete Handlungsansätze und Lösungen für Kommunen zusammengetragen.

Herausforderungen, die sich den Kommunen stellen, sind zum Beispiel die Unterbringung von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, und hier speziell der fehlende Schutz und Privatsphäre für Mädchen und Frauen, der Umgang mit Prostitution oder die Schaffung von Frauenhäusern als Zufluchtsort für Gewaltopfer, wo es besonders wichtig ist, nach dem Ausweg aus der Krisensituation auch langfristige und nachhaltige Hilfe zu bieten.

Die Forderung nach angemessener Gesundheitsversorgung speziell für Frauen, Kinder und Jugendliche, und zwar zeitnah und ausreichend, wurde von den Teilnehmer(innen) formuliert. Nicht nur auf kommunaler Ebene fehlt es an Gleichberechtigung. Städte und Gemeinden, die mutig handeln und Missstände beheben, können eine Vorbildfunktion erfüllen. Kinder werden in ihrer Erziehung auch heute noch sehr früh, z.B. im Kindergarten, „in Schubladen gesteckt“. Bildung sollte von Anfang an, also ab der Krippe oder dem Kindergarten, praktischer orientiert und diskriminierungsfrei gestaltet sein. Kommunen können einfach und wirksam tätig werden, indem sie zum Beispiel Methoden wie Gender Budgeting, Gender Mainstreaming und Gender- bzw. Human Rights Audits in ihren Behörden einführen. Der Lohnunterschied („Pay-Gap“) zwischen Männern und Frauen ist zwar im öffentlichen Dienst nicht so groß wie in anderen Branchen, könnte aber genau deswegen relativ einfach beendet werden, was eine Signalwirkung hätte. Des Weiteren könnten Kommunen versuchen, die Anzahl von Frauen in ihren Stadt- und Gemeinderäten, wenn das noch nicht geschehen ist, der der Männer anzugleichen.

Im Allgemeinen ist es nötig, soziale Grundbedingungen für Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, ihr Mangel ist eines der größten Hindernisse, weshalb Frauen auf gute Jobs verzichten müssen.

Ein herausragendes Beispiel für beherztes Handeln bietet Berlin, wo in manchen Stadtteilen ein Verbot von sexistischer oder nicht kindgerechter Werbung ausgesprochen wurde. Erfolgreich sind auch städtische Notfall-Hotlines für Opfer von Zwangsehe, Gewalt etc., deren Nummern im öffentlichen Raum (Busse, U-Bahn...) beworben werden. Für die Stadt München wurde angeregt, Einfluss über ihre Partnerschaften, wie zum Beispiel

mit Harare, Kiew und Kapstadt geltend zu machen. Auf die Frage, ob man lieber von „oben“ mit behördlichen Vorgaben oder von „unten“ bei den Ideen der Bürger ansetzen sollte, waren sich die Teilnehmer(innen) einig: Eine pauschale Antwort gibt es nicht. Zuerst sollte der Bedarf analysiert und dann je nach Sachlage die Vorgehensweise gewählt werden. Als größter Erfolgsfaktor für Kommunen haben sich im Workshop Partnerschaften herauskristallisiert. Ob auf lokaler oder internationaler Ebene, wichtig ist, die Arbeitslast auf mehrere Schultern zu verteilen und Bürger(innen) aktiv mit einzubinden. Partnerschaften, Netzwerke und Multi-Akteurs-Konstellationen helfen, Synergieeffekte zu schaffen, die genutzt werden können.

7

SDG 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Unterziele SDG 7:

- **Bis 2030 umfassender Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energieversorgung**
- **Substantielle Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien im globalen Energiemix bis 2030**
- **Verdopplung der Steigerungsrate hinsichtlich Energieeffizienz bis 2030**
- **Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit für den Zugang zu Energieforschung und Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und modernen sowie saubereren Technologien für fossile Brennstoffe, der Förderung von Investitionen in die Energieinfrastruktur und sauberen Energietechnologien bis 2030**
- **Bis 2030 Erweiterung der Infrastruktur und Aktualisierung der Technologie zur Versorgung durch moderne und nachhaltige Energiedienstleistungen für alle in Entwicklungsländern, insbesondere den LDCs und SIDS**

13

SDG 13: Klimaschutz

In Klima- und Energiepaketen verpflichten sich Länder und auch die EU, Treibhausgasemissionen zu mindern, die Nutzung Erneuerbarer Energien sowie die Energieeffizienz zu steigern. Das Pariser Klimaabkommen und die Agenda-2030 sind eng miteinander verknüpft. Mit Ziel 13 „Klimaschutz“ wird die Bedeutung der Verhandlungen über ein verbindliches internationales Klimaschutzabkommen hervorgehoben, das im Dezember bei der UN-Klimakonferenz in Paris zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden soll. Ein Abkommen berücksichtigt auch Technologien über Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, um Klimaziele zu erreichen.

Warum sind Klima- und Energieprojekte in München gut gelaufen? Die Teilnehmer des Themencafés unter Moderation von Katharina Habersbrunner waren sich einig: Es herrschte vor ca. 12 Jahren eine Art Gründerstimmung im Bereich Erneuerbare Energien. Als Rahmenbedingungen forcierten KfW-Darlehen und die städtische Solarvergütung den Bau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen. Geeignete Strukturen – wie Agenda21-Prozesse – initiierten den Dialog und Kooperation auf Augenhöhe innerhalb der Stadtverwaltung und zwischen verschiedenen Akteuren.



Die Kommune kann Vorreiter sein und Modelle aufzeigen: beim Ausbau von Erneuerbarer Energie und beim Ausstieg aus fossilen Kraftwerken. Bezahlbare Energie für alle Einkommensgruppen kann beispielsweise mit dem Finanzinstrument der Energiegenossenschaften produziert und vertrieben werden. Wo investieren Kommunen ihr Kapital? Immer mehr Kommunen wollen sich nicht nur für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz auf Projektebene einsetzen, sie wollen gleichzeitig ihr Geld in nachhaltige Kapitalanlagen investieren. Die Organisation GoFossilFree Deutschland (www.gofossilfree.org) unterstützt kommunale Kampagnen.

Kommunen können im Bereich Energieversorgung und Klimaschutz Ressourcen schaffen und nutzen:

- **Information und Beratungsangebote schaffen für Mitarbeiter(innen) und Bürger(innen)**
- **Städtepartnerschaften mit Know-how-Transfer zum Thema Klimaschutz, Erneuerbare Energie und Energieeffizienz**
- **Benennung und Bündelung von Möglichkeiten für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz, die es schon gibt**
- **Qualifizierung der Mitarbeiter(innen) hinsichtlich Klimaschutz und Energieversorgung**
- **Kooperationen mit Unternehmen mit ambitionierten Energiezielen**
- **Akteure des Wandels (aus der Verwaltung, Zivilgesellschaft, Unternehmen, etc.) identifizieren und unterstützen.**

Handlungsfelder für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz auf kommunaler Ebene sind vielfältig:

- **Strukturelle Veränderungen in der Stadtverwaltung: Klare Zuständigkeiten für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz**
- **Veränderung der Strukturen bei kommunalen Liegenschaften, z.B. Mieter – Vermieter**
- **Ausbau der E-Mobilität, verbesserte Fahrradinfrastruktur und weiterer Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs**
- **Für Firmen und Privathaushalte: Energie sparen: Checklisten, Beratung, etc.**
- **Lokale Erneuerbare-Energie-Projekte mit Bürgerbeteiligung**
- **Divestment-Strategien für Unternehmen und Kommunen: Was macht eigentlich mein Geld? Verbraucherberatung und Hintergrundmaterialien von und mit Konzernen**

Die Veränderungen im Bereich Klima und Energie einzufordern und machbare Modelle aufzuzeigen, ist auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft ist mit ihrer kritischen Stimme ein wichtiger Garant, dass Möglichkeiten forciert, umgesetzt und bestehende zentrale Modelle hinterfragt werden sowie dezentrale Energieversorgung gefördert wird. Bürgerbeteiligungsstrukturen und gute Mitmachangebote aktivieren und mobilisieren die Zivilgesellschaft und regionale Netzwerke.

Die Kommunen können Bürgerinnen und Bürger zu Trägern von Kampagnen machen. Diese Mitmachangebote sprechen die Medien an und informieren, sensibilisieren und mobilisieren gleichzeitig. Die Kommunen müssen Prozesse weiter anstoßen und können als Vorreiter zum Beispiel Bürger- und Bürgermeisterdialoge initiieren. Diese Allianz der Willigen könnte von unten wachsen. Das wäre eine sinnvolle Kooperation mit politischer Signalwirkung.

11 | SDG 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher und nachhaltig machen

Unterziele SDG 11:

- **Bis 2030 Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum sowie grundlegenden Dienstleistungen schaffen sowie Slums aufwerten**
- **Bis 2030 Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrsmitteln für alle schaffen, die Sicherheit auf Straßen verbessern, besonders durch den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, mit besonderer Rücksicht auf gefährdete Gruppen wie Frauen, Kinder, Personen mit Behinderungen und ältere Menschen**
- **Bis 2030 integrative und nachhaltige Urbanisierung und Kapazitäten für partizipative, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -verwaltung in allen Ländern fördern**
- **Verstärkte Bemühungen zum Schutz und zur Sicherung des weltweiten Kultur- und Naturerbes**
- **Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und von Katastrophen betroffenen Menschen deutlich reduzieren sowie einen Rückgang der wirtschaftlichen Auswirkungen durch diese Katastrophen mit Schwerpunkt auf dem Schutz der armen und besonders betroffenen Menschen**
- **Bis 2030 Verringerung der negativen Pro-Kopf-Auswirkungen der Städte auf die Umwelt, unter anderem durch besondere Aufmerksamkeit auf die Luftqualität, städtische und sonstige Entsorgung**
- **Bis 2030 allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven, grünen und öffentlichen Räumen, vor allem für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, bieten**
- **Unterstützung positiver wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten durch die Stärkung der nationalen und regionalen Entwicklungsplanung**
- **Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen mit integrierten Strategien und Plänen zu Inklusion, Ressourceneffizienz, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen, Entwicklung und Umsetzung in Übereinstimmung mit dem anstehenden Hyogo-Rahmen zu ganzheitlicher Katastrophenvorsorge auf allen Ebenen erhöhen**
- **Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder, unter anderem durch finanzielle und technische Hilfe, für nachhaltige und belastbare Gebäude unter Verwendung lokaler Materialien**

Quelle: Open Working Group. Sustainable Development Goals. <https://sustainabledevelopment.un.org/owg.html>



Die Teilnehmer(innen) am Themencafé „Städte und Siedlungen“ diskutierten unter Leitung von Johanna Hausmann verschiedene Aspekte, wie SDG 11 umgesetzt werden kann. Zunächst wurde grundsätzlich darüber gesprochen, wie ein erfolgreiches nachhaltiges Projekt zu definieren wäre. Es wurde schnell deutlich, dass die Sichtweisen von städtischer Verwaltungs- und politischer Ebene sowie Akteuren der Zivilgesellschaft durchaus unterschiedlich sind und eine Grundlage für eine lebendige Diskussion bei der Umsetzung der SDGs bieten werden. Voraussetzungen für ein erfolgreiches Projekt sind, bereits im Vorfeld alle Projektbeteiligten an einen Tisch zu bringen, Zielkonflikte zu klären, möglichst alle Komponenten eines Projekts zu berücksichtigen und bei der Beantwortung der Ausgestaltung langfristig zu denken. Am Beispiel von Gemeinschaftsgärten wurden als Erfolgsfaktoren für nachhaltige Projekte ein hoher Identifizierungsgrad der beteiligten Akteure und eine breite Trägerschaft genannt, die die Mitwirkenden und auch die zuständigen Behörden emotional und nicht nur intellektuell ansprechen. Im Vordergrund steht allerdings unbedingt ein Paradigmenwechsel bei der Herangehensweise an Projekte: nicht Finanzprofit, sondern Bedürfnisbefriedigung und langfristige Ressourcensicherung müssten im Vordergrund stehen. Bei der Fragestellung nach möglichen Handlungsfeldern und Themen auf kommunaler Ebene zur Umsetzung des SDG 11 nannten die Teilnehmer(innen) eine Vielzahl von Möglichkeiten: Verkehr- und Stadtplanung, Wohnungsbau, Energiepolitik,

“ Die 2030-Agenda muss durch Ziele operationalisiert werden, die durch Vorgaben und geeignete Indikatoren quantitativ und qualitativ konkretisiert werden. Die Zielerreichung muss konkret messbar sein.

Silja-Kristin Vogt, Projektkoordinatorin Engagement Global

Klimaanpassung, Bildungsgerechtigkeit, Armutsbekämpfung, internationale Zusammenarbeit, fairen Handel, nachhaltige Beschaffung und viele Themen mehr. Wichtig war der Arbeitsgruppe auch hier eine Kooperation „auf Augenhöhe“ zwischen

den zuständigen Referaten und der Zivilgesellschaft. Abschließend widmete sich der Workshop noch der Frage, wie Kommunen öffentlichkeitswirksame Projekte initiieren können. Wichtig ist die Unterstützung von NGOs und bürgernitierten Projekten seitens der Stadt. Dies kann einerseits durch die finanzielle Unterstützung nachhaltiger Projekte durch die Kommune geleistet werden, andererseits durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen seitens der Projekte wie Medienarbeit, Verbreitung über Social Media etc. So entstehen ein gegenseitiger Austausch und eine Unterstützung zwischen Kommunen und bürgerschaftlichem Engagement. Veranstaltungen wie der Münchner Klimaherbst (klimaherbst.de) oder die Unterstützung des EineWelt-Hauses (eineweltHaus.de) sind Beispiele, wie dies auch schon in der Vergangenheit und Gegenwart funktioniert. Auch eigene Veranstaltungen der Städte und Kommunen wie ein Umwelt- oder Solartag leisten hier einen wichtigen Beitrag.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit für die Umsetzung des SDGs 11 unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ist ein möglichst einfacher Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Stadtverwaltung, z. B. in Form einer den Referaten vorgeschalteten Bürgerkommunikationsstelle.



Unterziele SDG 12:

- **Umsetzung des 10-Jahres-Rahmenprogramms zu nachhaltiger Produktion und Verbrauch (10YFP), Handeln aller Länder unter Führung der entwickelten Länder, unter Berücksichtigung der Entwicklung und Fähigkeiten der Entwicklungsländer**
- **Bis 2030 nachhaltiges Management und die effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen**
- **Bis 2030 Halbierung der globalen Pro-Kopf-Lebensmittelabfälle auf der Einzelhandels- und Verbraucherebene, sowie Reduzierung von Lebensmittelverlusten entlang der Produktions- und Versorgungsketten, einschließlich Verlusten nach der Ernte**
- **Bis 2020 umweltverträgliches Management von Chemikalien und Abfällen über die gesamte Lebensdauer in Übereinstimmung mit dem vereinbarten internationalen Rahmen, deutliche Reduzierung der Freisetzung in Luft, Wasser und Boden, um nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu minimieren**
- **Bis 2030 Abfallmengen durch Vermeidung, Verringerung, Recycling und Wiederverwendung erheblich reduzieren**
- **Vor allem große und transnationale Unternehmen ermutigen, nachhaltige Praktiken zu übernehmen und Nachhaltigkeitsinformationen in ihre Berichtszyklen zu integrieren**
- **Förderung öffentlicher Beschaffungspraktiken, die in Übereinstimmung mit der nationalen Politik und Prioritäten nachhaltig sind**
- **Bis 2030 sicherstellen, dass die Menschen überall alle relevanten Informationen und das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung und Lebensweisen in Einklang mit der Natur haben**
- **Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Stärkung ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten, um zu nachhaltigeren Konsum- und Produktionsmustern zu gelangen**
- **Entwicklung und Umsetzung von Werkzeugen zur Überwachung der Auswirkungen nachhaltiger Entwicklung auf nachhaltigen Tourismus, der Arbeitsplätze schafft und lokale Kultur sowie Produkte fördert**
- **Rationalisieren ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe, die Verschwendung fördern, durch Beseitigung von Marktverzerrungen in Übereinstimmung mit den nationalen Gegebenheiten, einschließlich der Umstrukturierung der Besteuerung und dem Auslaufen dieser schädlichen Subventionen, sofern sie existieren, um ihre Auswirkungen auf die Umwelt zu reflektieren, unter voller Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse und Bedingungen der Entwicklungsländer sowie die Minimierung der möglichen negativen Auswirkungen auf ihre Entwicklung in einer Weise, die den Armen und den betroffenen Gemeinschaften nützt.**

Quelle: Open Working Group. Sustainable Development Goals.
<https://sustainabledevelopment.un.org/owg.html>



12

SDG 12: Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

Der Workshop „Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion“ wurde von Alexandra Caterbow geleitet und es wurden verschiedene Themen angesprochen, die für die Umsetzung des Ziels 12 in Kommunen relevant sind. Neben klassischen Umweltthemen, wie Naturschutz, Umweltschutz, Flächenverbrauch und Verkehr, wurden auch soziale Themen genannt, z.B. Integration, Mobilität, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Besonders wichtig war den Teilnehmer(innen) der Bildungsbe- reich. Hier ging es nicht nur um nachhaltige Gebäude und Ausstattung von Kitas und Schulen, sondern vor allem darum, Kindern und Erwachsenen Zugang zu nachhaltigen Verhaltens- mustern und Alternativen zu ermöglichen. Dies könnte z.B. durch Schulungen für Kita-Personal oder andere Initiativen, z.B. über Soziale Medien, erreicht werden. Ein weiterer Schwer- punkt in der Diskussion war der Bereich des öffentlichen Be- schaffungswesens. Hier können Kommunen Vorreiter sein und Anreize schaffen, z.B. durch Anschaffung von schadstofffreien oder fair gehandelten Produkten.



Besonders wichtig war den Teilnehmer(innen) die Möglichkeit zur aktiven Partizipation der Bevölkerung in der Umsetzung der SDGs. Gute Voraussetzungen dafür sind vor allem der frühzeitige und einfache Zugang zu städtischen Entscheidungsstrukturen und Amtswegen. Subsidiarität, Entscheidungen an der untersten möglichen Ebene der Hierarchie zu treffen, war den Diskutanten wichtig. Auch ökonomische Aspekte wurden genannt. So wurden sowohl die öffentliche Förderung von nachhaltigen wie auch die Sanktionierung von nicht-nachhaltigen Geschäftsideen diskutiert. Die Runde war der Meinung, dass öffentlichkeitswirksame Aktionen und Bildung die Teilhabe an und die Akzeptanz für nachhaltige Projekte erhöhen. Gute Kommunikation, persönlichen Gewinn, Identifikation und Wirtschaftlichkeit nannten die Teilnehmer(innen) als Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der SDGs im kommunalen Bereich. Als besonders wichtig wurden jedoch der politische Wille zur Umsetzung erachtet und die Aufklärung der Bevölkerung. Praktische Faktoren, wie das Bereitstellen von Räumlichkeiten und die Finanzierung von Initiativen, sind elementar.

Die Umsetzung von SDGs auf kommunaler Ebene sollte von „oben nach unten“ und zugleich von „unten nach oben“ angeschoben werden. Von kommunaler Seite sind Transparenz, Teilhabemöglichkeiten, Richtlinien, Evaluation und Vorbildfunktion gefragt. Die Zivilgesellschaft kann mit ihren vielen Initiativen, über Social Media aber auch z.B. durch Proteste, zur Umsetzung beitragen.

Ergebnisse aus den Themencafés:

Erfolgreich kann die 2030-Agenda nur dann sein, wenn sie universell gültig ist, wenn an ihrer Ausarbeitung, Umsetzung, Überwachung und Auswertung alle Staaten, Kommunen, zivilgesellschaftlichen Akteure und der Privatsektor beteiligt sind und sie in ihrer Wirkung niemanden diskriminiert oder zurücklässt. Nur gemeinsam oder gar nicht werden wir die großen globalen Herausforderungen lösen: mit lokalen und kommunalen Ansätzen. Die 2030-Agenda steht im Sinne eines Weltzukunftsvertrages für eine neue globale Partnerschaft. Jede Kommune, jede Bürgerin, jeder Bürger kann etwas dazu beitragen.

Möglichst viele Akteure von Beginn an in nachhaltige Projekte mit einzubinden und ein Dialog auf Augenhöhe sind wichtige Faktoren erfolgreicher öffentlichkeitswirksamer Projekte. Schon jetzt gibt es vielfältige Aktivitäten der Städte und Gemeinden, um die SDGs in lokales Handeln übertragen zu können. Es zeigte sich in vielen Gesprächen, dass die Ziele in Gänze und Tragweite noch nicht in der Öffentlichkeit bekannt sind und dass in bestimmten Themenfeldern eine Transformation auf die kommunale Ebene leichter gelingen kann als in anderen.

Gerade in den Bereichen Klimaschutzplanung, nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung, Natur- und Artenschutz, Fairer Handel und Bildung für nachhaltige Entwicklung wurden Projekte umgesetzt und sind vielfältige Erfahrungen vorhanden, die bei der Umsetzung der SDGs aufgegriffen und weiterentwickelt werden können, z.B. EineWeltHaus, GreenCity e.V., Bund Naturschutz, um nur einige zu nennen.

Es müssen weitere Strukturen geschaffen werden und Nachhaltigkeit muss zur „Chef(innen)sache“ erklärt werden, d.h. als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung integriert werden. Es wurde deutlich, dass den Kommunen bei der nachhaltigen Entwicklung als gesellschaftlicher Such- und Lernprozess eine zentrale Rolle zukommt. Auf kommunaler Ebene wirken die Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen und vernetzen sich. Das Engagement der verschiedenen Akteure kann genutzt und gebündelt werden im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Kommune.

Zusammenfassung

Die Zielsetzungen der SDGs sollten in den Kommunen nicht als vollkommen neuer Prozess dargestellt werden, es gilt zu vermitteln, dass ein Zusammenhang zwischen den Zielen auf kommunaler und globaler Ebene und der Agenda 21 besteht, um damit ein langfristiges Prozessverständnis zu generieren.

Kommunen sollten sich ihrer Vorbildfunktion bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele gesamtgesellschaftlich, aber auch gegenüber einzelnen Zielgruppen, wie etwa der Wirtschaft, bewusst sein. Entsprechend sollten auch in der Öffentlichkeitsarbeit Akzente gesetzt werden, um zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und die Wirtschaft stärker einzubinden.

Die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung lässt sich natürlich nicht auf die Umsetzung der SDGs reduzieren. Ergänzend müssen bestehende Programme für Nachhaltigkeit und Entwicklung, beispielsweise das Weltaktionsprogramm für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), konsequent umgesetzt und entsprechende neue Programme aufgelegt werden, die auf eine breite gesellschaftliche Verankerung der notwendigen sozial-ökologischen Transformationszielen. Ein umfassender nationaler Rahmen für nachhaltige Entwicklung und SDG-Umsetzung ist ein erster großer Schritt in die Richtung, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit zu schaffen. Die Bundesregierung sollte diesen couragiert und vorbildhaft angehen und die Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats (www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49667442_kw08_de_beirat_nachhaltigkeit/216020) fortsetzen und vertiefen. Die Kommunen und die Zivilgesellschaft sind gefordert, die Debatte um neue globale Ziele in die Öffentlichkeit zu tragen und um breite Unterstützung für die Ziele zu werben.

Es gibt viel Wissen, viele Akteure und viele gute Bildungsangebote in München, die noch mehr genutzt werden könnten. Durch eine Vernetzung und Unterstützung kann dieses breite Fundament mit geringen Mitteln erheblich in seiner Wirksamkeit gestärkt werden. Die Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in die Verwaltungsroutine kann auf kommunaler Ebene gut umgesetzt werden. Ein Zukunftsrat nutzt bürgerschaftliches Engagement der Zivilgesellschaft und kooperiert mit Verwaltung und Politik auf Augenhöhe. Der Nachhaltigkeitsbericht der Stadt München (<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsbericht.html>) ist ein Beitrag in diesem Sinne.



Die SDGs können nur wirksam werden, wenn sie auch gesamtgesellschaftlich akzeptiert werden. Deshalb sollte Wert darauf gelegt werden, die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig zu informieren und zu beteiligen. Hilfreich ist zudem, wenn es Angebote zum Austausch über die Implementierung der SDGs geben könnte. Alle gesellschaftlichen Akteure sind gefordert, die Debatte um die Nachhaltigkeitsziele in die Öffentlichkeit zu tragen und mit ihren Möglichkeiten umzusetzen.



WECF im Portrait



WECF mit internationaler, nationaler und regionaler Erfahrung in nachhaltiger Entwicklung

1992 fand der Erdgipfel statt, und in den 90er Jahren gab es eine Reihe internationaler und regionaler Gipfel, die Sozialpolitik und Gerechtigkeit in den Vordergrund rückten. Aus diesem Kontext heraus haben Expertinnen, die gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung arbeiten wollten, 1994 Women in Europe for a Common Future (WECF), mit Sitz in den Niederlanden, als Stiftung gegründet.

Die Philosophie von WECF war es von Anfang an, seinen hauptsächlich aus West- und Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus stammenden Projektpartnern und Netzwerkmitgliedern die selbständige Ausführung von Beratungsarbeit zu ermöglichen. Das stellte sich bald als erfolgreich heraus.

Heute ist das Fachwissen von WECF zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, europäischer sowie internationaler Ebene anerkannt und gefragt.

WECF ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation (NRO), die von Niederlassungen in den Niederlanden, in Deutschland und Frankreich koordiniert wird. WECF erhält Zuwendungen von Stiftungen, privaten Spendern und ministeriellen sowie institutionellen Geldgebern.

In den letzten 20 Jahren hat sich WECF zu einem umfassenden Netzwerk mit mehr als 150 Mitgliedsorganisationen und individuellen Mitgliedern entwickelt, die alle ein gemeinsames Anliegen haben: eine gesunde Umwelt für alle zu fördern. Dabei soll die Rolle der Frauen gestärkt und ein geschlechter- und rechtsbasierter Ansatz in die Umwelt- und Entwicklungspolitik eingebracht werden. Ein internationales Treuhandgremium trägt die rechtliche Verantwortung für das strategische und finanzielle Management von WECF. Die Organisation hat 5 Niederlassungen (in den Niederlanden, Deutschland, Frankreich, Schweiz und Georgien) mit etwa 40 festen Mitarbeiter(innen) sowie zahlreichen Praktikant(innen) und Ehrenamtlichen.

Der Aufbau von Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen, die gemeinsame Durchführung von (Demonstrations-)Projekten und der Erfah-

rungsaustausch bilden die Grundlage der gegenseitigen Zusammenarbeit. Um die gesteckten Ziele zu erreichen, setzt WECF Projekte in den Ländern in Kooperation mit lokalen Organisationen um. Die Projektpartner sind meist Mitglieder des Netzwerkes. Es besteht dabei eine klare Unterscheidung zwischen Mitgliedschaft (gemeinsame Anwaltschaft) und Partnerschaft (gemeinsame Projektdurchführung).

WECF hat beratenden Status beim ECOSOC (Economic und Social Council) der Vereinten Nationen, ist offizieller Partner des United Nations Environment Programme (UNEP) und Mitglied des Europäischen Komitees für Gesundheit und Umwelt (EEHC). WECF engagiert sich in fünf Themengebieten, die essentiell sind, um eine gesunde Umwelt für alle zu erreichen und ist der Ansicht, dass Fortschritte auf allen fünf Gebieten für eine nachhaltige Entwicklung nötig sind.

Energie & Klimaschutz

Klimaschutz und sichere, nachhaltige Energie für alle

WECF arbeitet mit lokalen Organisationen daran, den Zugang zu bezahlbarer, erneuerbarer und dezentraler Energie zu verbessern, die Energieversorgung abzusichern und den Energieverbrauch insgesamt zu reduzieren. Neben der Umsetzung von Projekten auf lokaler Ebene setzt sich WECF auf nationaler und internationaler Ebene für sichere und nachhaltige Energie und den Klimaschutz ein. Dabei spielen vor allem die UN-Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eine große Rolle.

Chemikalien, Gesundheit & Abfallmanagement

Eine Umwelt ohne gesundheitsschädigende Chemikalien für alle

WECF setzt sich dafür ein, dass gesundheitsschädigende Chemikalien verboten oder ersetzt werden sowie bestehender Giftmüll beseitigt wird. Es werden Politiker(innen) und Verbraucher(innen) in Deutschland, der EU, in Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien über bessere Alternativen zu gesundheitsschädigenden Chemikalien und deren Umsetzbarkeit informiert. Dazu engagiert sich WECF auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in politischen Gremien und zivilgesellschaftlichen Netzwerken. Unser Ziel ist eine Umwelt ohne gesundheitsschädigende Chemikalien für alle.



Wasser, Sanitärversorgung & Abwassermanagement

Zugang zu sauberem Wasser und sicherer sanitärer Versorgung für alle

WECF implementiert eine dezentrale, nachhaltige und bezahlbare sanitäre Versorgung in ländlichen Gebieten. In einzelnen Regionen fördern wir den Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen in Schulen. WECF weckt das Bewusstsein und mobilisiert die Bürger(innen) für ein nachhaltiges Wasser- und Abwassermanagement. WECF fördert gemeinschaftsbasierte und erschwingliche Wasserversorgungssysteme für ländliche Gebiete ohne zentrale Trinkwasserversorgung. WECF und seine Partner vertreten Wasser- und Gesundheitsbelange benachteiligter Bevölkerungsgruppen bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE, United Nations Economic Commission for Europe) und setzen sich für einen integrierten und nachhaltigen Ansatz beim Management von Wasserressourcen und Flusseinzugsgebieten ein.

Nahrungsmittel & Erhalt der Biodiversität

Gesunde, vielfältige, genmanipulationsfreie Nahrungsmittel für alle

WECF strebt eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion an und möchte gleichzeitig die Entwicklung ländlicher Gebiete fördern. Daher haben wir ein übergeordnetes Ziel definiert: Bis 2020 sollen alle Kinder, Frauen und Männer Zugang zu gesunden, regionalen, vielfältigen und bezahlbaren Lebensmitteln haben. Diese sollen frei von schädlichen Chemikalien, Nano-Partikeln und GVOs (Gentechnisch Veränderten Organismen) sein, fair gehandelt und in Harmonie mit der Natur sowie unter Berücksichtigung des Erhalts der Biodiversität produziert werden.

Gleichberechtigung, Umweltrechte und Öffentlichkeitsbeteiligung

WECFs Ziel, eine gesunde Umwelt für alle mittels nachhaltiger Entwicklung zu schaffen, ist nur dann erreichbar, wenn die Perspektive beider Geschlechter und Menschenrechte in alle Bereiche unserer Arbeit integriert werden. Kurzfristige ökonomische Gewinne dürfen keinen Vorrang vor dem Recht auf Gesundheit und dem Schutz der Umwelt haben. Nachhaltige Entwicklung kann nur realisiert werden, wenn sie in den Grund- und Menschenrechten verankert ist.

WECF als Partner, um SDGs umzusetzen: Diese fünf Themengebiete spiegeln den universellen Ansatz der SDGs und den Grundgedanken der Integration von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit wider. Zugleich stimmen die WECF-Themen mit den nachhaltigen Entwicklungszielen überein. Das macht Women in Europe for a Common Future zu erfahrenen und kompetenten Partnern für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele.

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Was ist die Politik bereit, zu tun?

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) wurden verabschiedet und nun richtet sich der Blick nach Paris.

Von Katharina Habersbrunner

Die Vertreter(innen) von 193 Nationen, darunter 152 Staats- und Regierungschefs, haben vom 25. bis 27. September 2015 in New York über die Zukunft der Welt debattiert und eine neue Agenda für eine nachhaltige Entwicklung beschlossen, die es in sich hat. Kernstück sind 17 nachhaltige Entwicklungsziele, die bis 2030 erreicht werden sollen und – wenn man sie wirklich ernst nimmt – von ALLEN Ländern tiefgreifende Veränderungsprozesse einfordern. Es geht darum, Politik, Wirtschaft, Konsumverhalten und Lebensstil künftig so zu gestalten, dass wirklich alle Menschen in Sicherheit und Würde leben können, ohne dass Raubbau an der Natur begangen oder auf Kosten nachfolgender Generationen gelebt wird.

Die neue Agenda hat großes Potenzial! Setzt man tatsächlich um, was in der umfangreichen Schlusserklärung der nachhaltigen Entwicklungsziele steht, ist dies in der Tat die Einleitung einer großen sozial-ökologischen Transformation und nicht die Addition von vielen Einzelmaßnahmen. Es ist das Beschreiten eines neuen Entwicklungspfades, weg vom Konzept der „nachholenden Entwicklung“ ausgerichtet am Wachstumsmodell der Industrienationen.

Nationale und kommunale Aktionspläne

Und wird jetzt wirklich alles besser? Auf dem Papier schon, aber in der Wirklichkeit noch lange nicht! Die neue Agenda ist zwar weder perfekt noch frei von Widersprüchen, aber für ein Konsensverhandlungsergebnis – das letztendlich von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen akzeptiert wurde – erstaunlich ambitioniert.

Wir müssen die Regierungschefs beim Wort nehmen! Es kann und darf nun nicht mit „business as usual“ weitergehen. Das steht sogar genau so in der von allen Staaten akzeptierten Erklärung. Und daran müssen nun viele Menschen aus den Parlamenten, aus der Zivilgesellschaft, den Religionsgemein-

schaften, aus der Wissenschaft und aus der verantwortungsbewussten Wirtschaft die Regierungen immer und immer wieder erinnern. „Wir müssen die Staats- und Regierungschefs mit dem konfrontieren, was sie in New York beschlossen haben. Wir müssen fordern, dass den Worten jetzt Taten folgen. Wir müssen Regierungen drängen, jetzt nationale und lokale Aktionspläne zur Umsetzung der SDGs zu erarbeiten, mit voller Einbeziehung der Zivilgesellschaft in all ihrer Diversität, von Umwelt- und Frauenorganisationen bis hin zu Landwirten und Jugendgruppen“, so Sascha Gabizon von WECF International, die vor der UNO die weltweiten Frauenorganisationen vertritt.

Auch Salil Shetty von Amnesty International appelliert an die Staats- und Regierungschefs, es nicht bei Sonntagsreden zu belassen, sondern nach dem Gipfel an die Hausaufgaben zu gehen. Er forderte vor allem, der Zivilgesellschaft mehr Luft zum Atmen zu lassen. In 96 Ländern werden Menschenrechts- und Umweltaktivisten sowie Gewerkschafter(innen) verfolgt oder zumindest in ihrer Arbeit stark eingeschränkt. Aber gerade sie werden dringend benötigt, um die 17 SDGs bekanntzumachen und umzusetzen. Die neue Agenda wird nicht von allein die Welt verändern, auch weil es keine rechtsverbindliche Vereinbarung ist. Aber sie ist ein hervorragender Referenzrahmen, auf den sich jetzt alle berufen können, die von ihren Regierungen konkrete Veränderungsprozesse einfordern, mutige Schritte hin zu einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung.

Ambitioniertes und gerechtes Klimaabkommen

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Die erste Bewährungsprobe wird der Klimagipfel Anfang Dezember in Paris sein. Bundeskanzlerin Merkel hat in New York die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft gefordert. Frankreichs Präsident Hollande fand ähnliche Worte. Diese Aussagen müssen sich in einem ambitionierten und gerechten Klimaabkommen in Paris widerspiegeln, denn für viele Menschen geht es schlichtweg ums Überleben.



Das von der Staatengemeinschaft verabschiedete 2°C-Ziel wurde in den vergangenen 2 Jahren von einer Expertengruppe im Rahmen des Klimaprozesses der Vereinten Nationen auf seine Konsequenzen untersucht. Gerade die Allianz der kleinen Inselstaaten hatte zum Ausdruck gebracht, dass für sie auch ein 2°C-Ziel den Untergang bedeutet und die Erwärmung der Erde auf unter 1,5° begrenzt werden muss.

Die Expertengruppe bestätigte nun, dass ein Temperaturanstieg von 2° keineswegs bedeutet, dass die Menschen vor den Folgen des Klimawandels geschützt sind. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich lokal und regional und treffen besonders sensible Systeme und Menschen, die arm und benachteiligt sind, schon heute – bei einer derzeitigen Erwärmung von 0,85°C. Die Erderwärmung muss so niedrig wie möglich gehalten werden! Dafür sind ganz entschieden Handeln und die Transformation unserer Gesellschaften notwendig. Tatsächlich befindet sich die Welt auf einem Pfad, der zu einer Erderwärmung zwischen 3-4° führen würde, wenn nicht bald das Steuer herumgerissen wird.

Gerechte und nachhaltige Transformation

Für die Benennung des 1,5°-Zieles setzen sich auch die Frauen- und Gendergruppen bei den Klimaverhandlungen ein. Für sie ist aber gleichzeitig auch die Art und Weise der Dekarbonisierung

entscheidend. Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter müssen hier auf jeden Fall gewährleistet sein. Sabine Bock, Klimaexpertin WECF: „Eine Dekarbonisierung der Wirtschaft muss mit Qualitätskriterien einhergehen, damit diese Transformation sicher, gerecht und nachhaltig passiert. Große Wasserstaudammprojekte, die Indigene von ihrem Land vertreiben, der Anbau von riesigen Biomassemonokulturen oder die Kernenergie dürfen nicht Teil davon sein.“ Es gibt Ansätze und Möglichkeiten, die diesen Kriterien entsprechen. Bürgerbeteiligungsprojekte haben in den letzten Jahren erfolgreich gezeigt, wie Energie nachhaltig und sicher produziert sowie verteilt werden kann.

Hausaufgaben bis 2030

Wird es in Paris gelingen, ein rechtsverbindliches und gleichzeitig nachhaltiges und gerechtes Abkommen zu erreichen? „Nach den Gipfelhöhen kommen die Mühen der Ebene.“ So heißt es in einer Stellungnahme des Verbandes der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Deutschland (VENRO). Die Bundesregierung hat – vertreten durch das Entwicklungs- und das Umweltministerium – eine positive Rolle bei der Erarbeitung der neuen Agenda mit den ambitionierten Zielen gespielt. Jetzt muss sie sich darum bemühen, auch bei der Umsetzung in und durch Deutschland vorbildlich zu sein.

Die SDGs im Überblick



Quelle: EurActiv.de / Vereinte Nationen

Zum Weiterlesen

- LAG21: Global nachhaltige Kommune in NRW
www.lag21.de/fa/editor/Dokumente/GlobalNachhaltige-Kommune/Protokoll_GNK_WS1_16-09-2014.pdf
- VENRO: Anforderungen an die Umsetzung der globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung in und durch Deutschland
www.venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme_Umsetzung_der_SDG_Juli_2015.pdf
- WBGU-Politikpapier – Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken. Ein Beitrag zur SDG-Debatte
www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/politikpapiere/pp2014-pp8/wbgu_politikpapier_8.pdf
- Deutsche Nachhaltigkeits-Architektur und SDGs – Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE_Stellungnahme_Deutsche_Nachhaltigkeits-Architektur_und_SDG_26-05-2015.pdf
- www.worldwewant.de
- www.worldwewant2015.org
- www.sustainabledevelopment.un.org

Notizen



10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17



10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17

|

|